

## Antworten auf die Wahlprüfsteine der Elterninitiativen #lautfürFamilien und #KinderBrauchenschule anlässlich der Bundestagswahl 2021

---

Fragen, versendet am **30.05.2021** an CDU, SPD, GRÜNE, LINKE, FDP, AFD

Fragen (nochmals) versendet am **30.08.2021** an CDU, SPD, FDP, ÖDP, Piraten, Volt, Die Basis Partei, Freie Wähler, Tierschutzpartei, Die Partei

Antworten: FDP 01.09.2021, DIE LINKE 22.07.2021, GRÜNE: 26.07.2021, LfK: 24.08.2021, AFD: 26.06.2021, CDU: 15.09.2021, ÖDP: 15.09.2021

Langfassung der Antworten in separaten Dateien

### **1) Unter welchen Voraussetzungen werden Sie sich in Regierungsverantwortung oder im Parlament für die Aufhebung der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite stark machen?**

**FDP:** Die epidemische Lage von nationaler Tragweite sollte nur Situationen umfassen, die außergewöhnliche und krisenhafte Ausnahmesituationen sind. Das betrifft insbesondere die bestehende oder drohende Überlastung des Gesundheitssystems. Wir halten die Voraussetzungen jedoch schon seit geraumer Zeit für nicht mehr gegeben. [...]

**DIE LINKE:** Zunächst: wir haben im Bundestag gegen die Verlängerung der Epidemischen Lage gestimmt. Aber: die Ausrufung, Verlängerung und Beendigung einer Feststellung der Epidemischen Lage nationaler Tragweite hat kaum etwas mit der Frage zu tun, ob und zu welchen Bedingungen Schulunterricht stattfindet. Und selbstverständlich wollen wir, dass alle Schülerinnen und Schüler in Präsenz in der Schule sind. [...]

**GRÜNE:** Wir GRÜNE werden uns für eine Aufhebung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite einsetzen, wenn dies möglich ist. Dies ist aus jetziger Sicht dann der Fall, wenn möglichst viele, gerade der besonders vulnerablen Menschen geimpft sind und eine Überlastung unseres Gesundheitswesens auch bei wieder zunehmendem Infektionsgeschehen nicht zu erwarten ist.

**LfK (Lobbyisten für Kinder):** Unser Ziel ist es, die pandemische Situation sofort aufzuheben, wenn deren Voraussetzungen nicht mehr vorliegen. Voraussetzung für die Aufhebung ist u.a., dass keine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Gesundheit in der gesamten Bundesrepublik Deutschland besteht. Dieser Zeitpunkt ist aus unserer Sicht längst erreicht. Aus unserer Sicht liegt aktuell keine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Gesundheit sowie keine Überlastung des Gesundheitssystems vor. Beides deutet sich auch nicht an. [...] alle Erwachsenen, die dies wünschen, hatten ein Impfangebot, die Todeszahlen sinken und die Zahl der Krankenhausaufenthalte stagniert auf einem niedrigen Niveau. Damit sind unseres Erachtens die Bedingungen für einen solchen Notstand nicht mehr gegeben und daher Grundrechtseingriffe nicht mehr gerechtfertigt.

**AFD:** Aus Sicht der AfD sollte die Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite sofort aufgehoben werden. Die Gesundheit ist zweifelslos ein hohes Gut und Corona eine gefährliche Krankheit. Die Situation ist aber nicht so dramatisch, dass dies eine so umfassende Einschränkung der demokratischen Grundrechte rechtfertigt.

**CDU:** Deutschland befindet sich in der Übergangsphase vom pandemischen in ein endemisches Geschehen. Die Dauer dieses Übergangs lässt sich zeitlich noch nicht bestimmen. [...] Diese Verlängerung war nötig mit Blick auf die weitere dynamische Ausbreitung des Coronavirus. Das Ende der Pandemie ist erreicht, wenn die Grundimmunität in der Bevölkerung durch das Impfen derart gesteigert werden konnte, dass vom Infektionsgeschehen keine das Gesundheitssystem überfordernde Belastung mehr ausgeht und die Personengruppen, die (noch) nicht geimpft werden können, vor einer möglichen folgenreichen Infektion geschützt sind. [...]

ÖDP:

**2) Werden Sie sich auf Bundesebene dafür stark machen, dass alle Einschränkungen durch das die sogenannte Bundesnotbremse (IfSG §28b) im Zusammenhang mit inzidenzabhängigen Beschränkungen für Kinder- und Jugendliche sofort aufgehoben werden?**

**FDP:** Der Inzidenzwert allein kann - insbesondere angesichts der steigenden Anzahl vollständig gegen COVID-19 geimpfter Personen - nicht länger das entscheidende Maß für Beschränkungen des öffentlichen Lebens infolge der Corona-Pandemie sein. [...] Pauschale Schulschließungen ab bestimmter Inzidenzwerte, wie beispielsweise in § 28b Abs. 3 IfSG ab einem Inzidenzwert von 165 vorgesehen, lehnen wir ab. [...]

**DIE LINKE:** Die Regelungen sind mit Wirkung 30.06.2021 außer Kraft getreten.

**GRÜNE:** Die Einschränkungen der Bundesnotbremse in §28b IfSG gelten nur oberhalb einer 7-Tage-Inzidenz von mehr als 100. Aktuell liegen wir weit darunter. Der §28b IfSG läuft nur noch bis zum 30.6.2021. Wir GRÜNE sehen aktuell keine Notwendigkeit, diese Regelung zu verlängern.

**LfK (Lobbyisten für Kinder):** Sobald die unter 1. genannten Voraussetzungen nicht mehr vorliegen, was unseres Erachtens spätestens mit dem Impfangebot an alle Erwachsenen erfolgt ist, empfehlen wir den Ländern, sämtliche Maßnahmen aufzuheben, denn der Staat hat zwar die Aufgaben seine Bürger:innen zu schützen, doch ist es nicht Aufgabe des Staates den „mündigen Bürger“ zu bevormunden. Vielmehr ist es den Bürger:innen zuzutrauen, selbstverantwortlich ihr Leben zu gestalten.

**AFD:** Ein Eingreifen des Staates in das Gesundheitswesen muss möglichst vermieden werden. Staatliche Fördermaßnahmen haben immer das Problem, dass sie zu Fehlanreizen führen können. Bei der aktuellen Infektionslage ist eine Fortführung der Maßnahmen nicht gerechtfertigt.

**CDU**

ÖDP: Die ÖDP setzt grundsätzlich auf Eigenverantwortung und Freiwilligkeit. Lesen Sie dazu auch unser ÖDP-Papier „Prävention – nachhaltige Stärkung – Resilienz“ (<https://www.oedp.de/aktuelles/oedp-statements-zu-corona/praevention-nachhaltige-staerkung-resilienz> ).

**3) Welche politischen Projekte Ihrer Partei unterstreichen die besondere Bedeutung und den Schutz der Kinder (UN-Kinderrechtskonvention) im Hinblick auf Bildung, Chancengleichheit, Teilhabe, Spiel und Kindeswohl?**

**FDP:** Bildung ist die elementare Voraussetzung für individuelles Vorankommen und ein selbstbestimmtes Leben. Die Chance zum sozialen Aufstieg hängt heute mehr denn je von der Bildung ab. Wir Freie Demokraten wollen, dass jeder Mensch sein volles Potential ausschöpfen kann – und das ein Leben lang. Deshalb arbeiten wir dafür, dass modernste Bildung in Deutschland zum Standard wird.

**DIE LINKE:** setzt sich für die Aufnahme von Kinderrechten im Grundgesetz sowie deren Stärkung in der Praxis ein. Wir haben als einzige politische Kraft im Deutschen Bundestag ein Konzept gegen Kinderarmut vorgelegt, welches Kinderarmut nachhaltig überwindet. Wir haben uns fortlaufend für eine gut ausgestattete Kinder- und Jugendhilfe und eine öffentliche Infrastruktur stark gemacht.[...]

**GRÜNE:** Kinder müssen sich bestmöglich und frei entfalten können. Dabei haben sie ein Recht auf besonderen Schutz, Förderung und Beteiligung. Kinder sind Menschen mit eigenen Bedürfnissen, die es zu erkennen und zu stärken gilt. Wir GRÜNE werden sicherstellen, dass die Rechte und das Wohl von Kindern bei staatlichen Entscheidungen ein größeres Gewicht bekommen und maßgeblich berücksichtigt werden. Deshalb müssen starke Kinderrechte entlang der Grundprinzipien der UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz. [...]

**LfK (Lobbyisten für Kinder):** Ja, denn Kinder und Jugendliche leiden massiv unter den Einschränkungen und sind betroffener als die meisten anderen gesellschaftlichen Gruppen. Während Büros und Betriebe durchgängig geöffnet waren, keine Testpflicht bestand und oftmals keine Maskenpflicht, wurden Schulen geschlossen oder nur unter sehr strengen Hygienemaßnahmen geöffnet. [...] Oberstes Ziel der Politik und der Gesellschaft muss es daher sein, Kindern und Jugendlichen ein normales, chancengerechtes Leben zu ermöglichen, und zwar vorrangig vor allen anderen Bevölkerungsgruppen. Daher werden wir Bildungseinrichtungen, wie Schulen und Kitas – ebenso wie Freizeit-, Sport- und kulturelle Angebote auf jeden Fall, wie die meisten europäischen Nachbarn, offenhalten und diesen oberste Priorität einräumen. [...]

**AfD:** Die AfD steht für eine Kinder- und Familienfreundliche Politik und unterstreicht dies durch eine Vielzahl von Forderungen und Konzepten: Keine politische Indoktrination an Bildungs- und Betreuungseinrichtungen z.B. durch die Gender-Ideologie, keine Frühsexualisierung in Kitas und Schulen, Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung von unter 3-jährigen durch ein auskömmliches Erziehungsgehalt, finanzielle Entlastung von Eltern durch eine Erstattung von 20.000 € Sozialversicherungsbeiträgen pro Kind, Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems, Inklusion mit Augenmaß und nicht um jeden Preis, Teilnahme von Migrantenkinder am Regelunterricht nur bei ausreichenden Sprachkenntnissen, Ehe-Start-Kredit für eine sorgenfreie Familiengründung, Inobhutnahmen von Kindern nur Ausnahmefällen.

**CDU:** [...] Um Kinder, die durch die Corona-Pandemie besonders beeinträchtigt waren, zu unterstützen, haben wir ein Aufholpaket Corona in Höhe von 2 Mrd. Euro aufgelegt. [...] CDU und CSU haben einen besonderen Schwerpunkt auf den Schutz von Kindern gelegt. Wir setzen uns dafür ein, Kinder konsequent vor sexuellem Missbrauch zu schützen. Wir haben das Strafrecht in diesem Bereich drastisch verschärft und verstärken die Prävention. [...]

**ÖDP:** Die Erziehungsarbeit der Eltern ist für unsere Gesellschaft systemrelevant. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass sich Kinder erfolgreich als psychisch gesunde, lernwillige und lernfähige Kinder entfalten und entwickeln können. [...] Zurzeit wird die außerhäusliche Erwerbsarbeit gegenüber der Erziehungs- und Pflegearbeit in Familien klar gesellschaftspolitisch bevorzugt. Die ÖDP steht jedoch für eine reale Wahlmöglichkeit aller Menschen, ob sie Kinder haben möchten, Verwandte pflegen möchten oder nicht. [...] Einführung eines Kindergrundeinkommens zur Absicherung der Sachkosten von Kindern ein.

**4) Werden Sie auf Bundesebene die Aufhebung der Beschränkungen für Kinder anmahnen und sich für die Aufhebung von Maskenzwang und Testzwang für Kinder einsetzen? Wenn nein, warum nicht?**

**FDP:** Das oberste Ziel muss es sein, vollständigen Präsenzunterricht an allen Schulen auch unabhängig vom weiteren Verlauf der Corona-Pandemie zu ermöglichen. Um die Schulen pandemiefest zu machen, sollten sie mit wirksamen Luftfiltern ausgestattet werden. Darüber hinaus ist die Anwendung von klugen Hygienekonzepten ein wichtiger Baustein, um den Präsenzbetrieb an Schulen auch bei erneutem Infektionsgeschehen sicherzustellen. Dabei kann auch das Tragen von Masken und das regelmäßige Durchführen von Schnelltests für die Aufrechterhaltung des Präsenzunterrichts sinnvoll und notwendig sein. [...]

**DIE LINKE:** Die Belange von jungen Menschen wurden in der Corona-Krise bisher nie angemessen berücksichtigt. Dies haben wir als LINKE scharf kritisiert und Besserungen angemahnt. Masken- und Testpflicht sind dabei aber nicht die entscheidenden Punkte (sie können unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit im Sinne des Schutzes vor Corona-Infektionen und deren Spätfolgen bei Kindern - zumindest in Innenräumen - sogar sinnvoll sein). [...]

**GRÜNE:** Sobald das Infektionsgeschehen es zulässt und eine Überlastung des Gesundheitswesens nicht mehr zu erwarten ist, werden wir uns für eine Aufhebung der Maßnahmen einsetzen. Wichtig ist uns von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass so schnell wie möglich zum Präsenzunterricht zurückgekehrt wird. Um dies zu ermöglichen, sind ggf. für eine Zeitlang noch Schutzmaßnahmen wie Masken oder Tests nötig.

**LfK (Lobbyisten für Kinder):** Ja, das gehört für uns unmittelbar zu dem Bekenntnis der Priorität, so wie es auch Art. 3 der UN-KRK vorsieht. Bislang sieht man in der Politik, dass jetzt, wo die Schulen geöffnet wurden, die besonderen Interessen der Kinder schon wieder keine Rolle spielen. [...]

**AFD:** Einschränkungen und Beschränkungen für Kinder müssen vermieden werden, um deren natürliche Entwicklung nicht zu stören und unkalkulierbare Spätfolgen in der Entwicklung zu verhindern. Wenn überhaupt bedürfen Beschränkungen einer wissenschaftlichen Fundierung verschiedener Fachrichtungen. Dies ist bei den aktuellen Einschränkungen nicht der Fall, weshalb diese sofort aufgehoben werden müssen.

**CDU:** Für geimpfte, genesene oder getestete Personen gelten besondere Zugangsrechte zum Beispiel bei Veranstaltungen, in Krankenhäusern oder beim Sport in Innenräumen. [...] Über die Regeln und Einschränkungen, die vor Ort gelten, entscheiden die jeweiligen Bundesländer. CDU und CSU wollen eine Milliarde Euro bereitstellen, um Kindern und Jugendlichen zu helfen, die sozialen und psychischen Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen. Die Mittel investieren wir in frühe Bildung, Ferienfreizeiten, Familienerholung und zusätzliche Sozialarbeit.

**ÖDP:** Ja! Im Pandemiefall sollten Schulen in der Lage sein, sowohl Präsenz- als auch Onlineunterricht anzubieten um eine individuelle Risikobewertung zu ermöglichen. Das setzt natürlich voraus, dass es gelingt, den Bildungssektor personell und technisch nachhaltig zu stärken. [...] Freizeitangebote im Freien hätten früher wieder aufgenommen werden müssen. Auch Jugendgruppen und Sportvereine wären in der ohnehin schwer zu bewältigenden Zeit für die psychosoziale Entwicklung wichtig gewesen.

**5) Wird ein klares Statement im Wahlprogramm Ihrer Partei stehen, dass es wegen der herausragenden Bedeutung des Rechts auf Bildung und Teilhabe nicht wieder zu Schulschließungen kommt? Wenn nein, warum nicht.**

**FDP:** Das Recht auf Bildung kann am besten im Präsenzunterricht verwirklicht werden. Geschlossene Schulen und wochenlangem Distanzunterricht hatten dramatische negative Folgen für die persönliche Entwicklung und psychische Gesundheit unserer Kinder. Gerade Schülerinnen und Schüler aus finanziell benachteiligten Familien wurden während der Lockdowns abgehängt, ihre Zukunftschancen wurden erheblich gefährdet. Für uns Freie Demokraten ist klar, dass es das oberste Ziel sein muss, Präsenzunterricht unabhängig vom weiteren Infektionsgeschehen zu garantieren. [...]

**DIE LINKE:**

**GRÜNE:** Für uns ist das Recht auf Bildung nicht verhandelbar. Es darf kein drittes Mal passieren, dass die Corona-Pandemie unser Bildungssystem unvorbereitet trifft und Schulen geschlossen werden, während Fußballstadien und Großraumbüros geöffnet bleiben. Wir GRÜNE setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, jetzt die Voraussetzungen für sicheren Unterricht zu schaffen. Dazu gehören ausreichende Raumlüftungsanlagen genauso wie Impfangebote für alle pädagogischen Fachkräfte, Eltern und Schüler\*innen, die dies möchten. voranbringen. [...]

**LfK (Lobbyisten für Kinder):** Ja, das ist eines der wichtigsten Programmpunkte unseres Wahlprogramms, wo wir ein uneingeschränktes Recht auf Bildung einfordern.

**AFD:** Diese Forderung steht im Wahlprogramm der AfD auf den Seiten 134 und 135 zu Beginn des Gesundheitskapitels.

**CDU:** CDU: Die Kultusministerkonferenz hat am 6. August 2021 beschlossen, dem Präsenzunterricht höchste Priorität einzuräumen. Entsprechend wurden die Konzepte zum Infektionsschutz an den Schulen ausgebaut. [...] Mit der steigenden Impfquote und den erprobten Testkonzepten an den Schulen sollte der Präsenzunterricht soweit möglich aufrechterhalten werden. Wir möchten erneute Schulschließungen vermeiden [...].

**ÖDP:** Ja! Unter Bundesvorsitzender Christian Rechholz, im Beruf Lehrer, hat sich bereits im Februar 2021 hierzu erklärt: „Der Erhalt des Betriebs von Gemeinschaftseinrichtungen für Kinder und Jugendliche muss die höchste Priorität haben und kann unter den beschriebenen Voraussetzungen mit einem ausreichenden Maß an Sicherheit und Nachhaltigkeit umgesetzt werden. [...]

**6) Werden Sie sich klar gegen eine Impfpflicht als Zugangsvoraussetzung für den Besuch einer Bildungs-, Freizeit- oder Sporteinrichtung für Kinder und Jugendliche positionieren? Wenn nein, warum nicht?**

**FDP:** Eine Impfpflicht für Kinder und Jugendliche als Zugangsvoraussetzung zu Bildungs- und Freizeitangeboten oder für sonstige Aktivitäten oder eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen im Bildungssektor lehnen wir ausdrücklich ab. [...] Dennoch bleibt die schnelle und flächendeckende Impfung der Bevölkerung insgesamt die wichtigste Aufgabe zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Nicht-Geimpften sollte im Zuge der Impfkampagne aber nicht gedroht werden.

**DIE LINKE:** [...] wenn es eine Empfehlung zur Impfung von Kindern und Jugendlichen gibt, wäre eine Pflicht nur dann begründbar, wenn sich die Impfwilligen nicht durch eine Impfung ausreichend gegen

die Gefahren einer Impfverweigerung schützen könnten oder wenn es um die Ausrottung des Virus ginge. Beides ist so nicht in Sicht.

**GRÜNE:** Wir GRÜNE lehnen die von Ihnen genannte Impfpflicht für Kinder und Jugendliche gegen COVID-19 ab. Auch die Verknüpfung der Möglichkeit des Zutritts von Kindern und Jugendlichen zu Schulen und Betreuungseinrichtungen mit einer Impfung halten wir nicht für sinnvoll. Wir unterstützen ein Impfangebot an Kinder und Jugendliche, insbesondere bei chronischen Erkrankungen, die ein erhöhtes Risiko für einen schweren COVID-19 Verlauf haben.

**LfK (Lobbyisten für Kinder):** Ja, das werden wir tun. Bildung und Teilhabe muss für alle Kinder gewährleistet sein und darf nicht von Impfungen abhängig gemacht werden. Erst recht nicht von Impfungen, die noch weitgehend unerforscht sind und deren kurzfristigen Nebenwirkungen sowie Langzeitfolgen nicht absehbar sind und deren Nutzen äußerst fraglich ist.

**AfD:** Die AfD lehnt jede Form einer unmittelbaren oder mittelbaren Impfpflicht ab (S. 135 des Wahlprogramms): Impfen muss freiwillig bleiben - Die AfD verteidigt das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und die Verantwortung jedes Einzelnen für seinen Körper.

**CDU:** CDU und CSU lehnen eine Impfpflicht gegen das Coronavirus ab. [...]

**ÖDP:** Ja! Grundsätzlich plädieren wir für eine freiwillige Impfung. Kinder und Jugendliche sind zudem durch den Corona-Virus wesentlich weniger gefährdet als Erwachsene und tragen weniger zu dessen Verbreitung bei. [...] Die Entscheidung erfordert absolute Freiwilligkeit und die Achtung der elterlichen Fürsorgepflicht. [...] (Vgl. dazu das Papier „Corona-Impfung für Kinder und Jugendliche“ des Corona-Beirates der ÖDP: <https://www.oedp.de/aktuelles/oedp-statements-zu-corona/themengebiet-kinder-familie-jugend-schule>)

## **7) Werden Sie innerhalb der kommenden Legislaturperiode Mittel (für Räumlichkeiten und Personal) bereitstellen, dass Lernen in Präsenz in kleineren Lerngruppen zu möglich wird?**

**FDP:** Wir Freie Demokraten fordern, einen Prozentpunkt des bestehenden Mehrwertsteueraufkommens zusätzlich in Bildung zu investieren. Dazu sollen sich Bund und Länder unter Einbeziehung der Kommunen in einem Staatsvertrag verpflichten. Das ermöglicht zusätzliche Investitionen von rund 2,5 Milliarden Euro in den Bildungssektor, die für die umfassende Modernisierung unseres Bildungssystems dringend notwendig sind.

**DIE LINKE:** Ja! Das Bildungssystem ist chronisch unterfinanziert. Es fehlt an allen Ecken und Enden. Diese Mangelwirtschaft muss endlich beendet werden. Daher fordert DIE LINKE seit Jahren die vollständige Aufhebung des Kooperationsverbotes. Wir wollen, dass eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung grundgesetzlich verankert wird, damit Bund und Länder gemeinsam Bildung finanzieren können. Schulen müssen endlich saniert, ggf. umgebaut und besser ausgestattet werden. Es müssen mehr Lehrkräfte und weiteres pädagogisches Personal ausgebildet werden, um kleinere Klassen bilden zu können. Das Unterrichten und Lernen in kleineren Lerngruppen sollte auch unabhängig von der Coronapandemie möglich sein. Wir wollen in den gesamten Bildungsbereiche 58 Mrd Euro pro Jahr zusätzlich investieren.



**GRÜNE:** Wir wollen dauerhafte Finanzierungswege für mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen, um Schulen mit besonderem Unterstützungsbedarf zu stärken. Wir GRÜNE fördern multiprofessionelle Teams, in denen sich Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter\*innen, Erzieher\*innen, Schulpsycholog\*innen ergänzen und mit unterschiedlichen Perspektiven bereichern, um die Schüler\*innen und ihre Familien bestmöglich unterstützen zu können. Unser Ziel ist, einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung und -betreuung mit Qualitätsstandards umzusetzen. [...]

**LfK (Lobbyisten für Kinder):** Ja, denn die Pandemie hat uns vor Augen geführt, was wir seit Jahrzehnten wissen. Die Politik ist nicht bereit, ausreichend Geld in das Bildungssystem zu stecken. Die Kinder brauchen kleinere Klassen, um effektiver lernen zu können, aber auch individuell gefördert werden zu können.

**AFD:** Schule darf nicht zu einer Massenabfertigung verkommen. Lehrer müssen die Möglichkeit haben, auf jedes Kind individuell einzugehen. Die AfD setzt sich deshalb dafür ein, die Klassengrößen im Rahmen der finanziellen und personellen Möglichkeiten zu verkleinern.

**CDU:** CDU und CSU wollen, dass pädagogische Konzepte und die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern weiterentwickelt werden. Dazu werden wir bundesweite Bildungskompetenzzentren mit dem Ziel aufbauen, lehrerbildende Hochschulen, Forschungsinstitute und Lehrerfortbildungseinrichtungen in den Ländern zu vernetzen und Erkenntnisse der Bildungsforschung direkt für die Lehrerbildung und das Unterrichtsgeschehen praktisch nutzbar zu machen. Dabei werden sicherlich auch Konzepte für das Lernen in Präsenz und in kleineren Lerngruppen entstehen. [...]

**ÖDP:** Ja! Die ÖDP sieht die dringende Notwendigkeit die Schulpolitik zu reformieren. Auch wenn Schulpolitik grundsätzlich Ländersache bleiben sollte, könnte der Bund dringend einen Modernisierungspakt für Schulen auflegen, gerade Sanitäreinrichtungen sind teils in einem schlimmen Zustand. Wichtiger ist allerdings die Bereitstellung ausreichender Mittel für die Schulen, ausreichend Lehrkräfte sowie kleinere Schulklassen.

**8) Werden Sie sich im Rahmen Ihres politischen Mandats bei erneut angespannter Infektionslage gegen eine fremdnützige Einschränkung von Kindern und Jugendlichen einsetzen bzw. den Kinderschutzverbänden und den Fachgesellschaften der Kinder- und Jugendärzte in Ihren Empfehlungen folgen?**

**FDP:** Siehe Antwort zur Frage 5.

**DIE LINKE:** Bildung ist Lebensmittel - auch in Pandemiezeiten! Schule ist ein elementarer Lebensraum für Kinder und Jugendliche, ein wichtiger Bildungs- und Kommunikationsort. Schüler\*innen müssen die Möglichkeit haben, sich in ihrer Schule in kleinen Gruppen und unter Wahrung aller Vorsichtsmaßnahmen zu treffen und auszutauschen. [...] Dafür brauchen wir nicht nur Lehrer\*innen, sondern auch Sozialarbeiter\*innen und andere pädagogische Fachkräfte. Die Sommerferien müssen dringend genutzt werden, um alle Schulen mit leistungsfähigen Luftfiltersystem auszustatten, um Präsenzunterricht zu ermöglichen.

**GRÜNE:** Kinder haben ein Recht auf Bildung, auch in der Pandemie. Familien brauchen Perspektiven. Der sicheren Öffnung von Kitas und Schulen räumen wir höchste Priorität ein. Wir GRÜNE werden alles dafür tun, dass sich die Situation von Kita- und Schulschließungen aus dem vergangenen Jahr nicht wiederholt. Über den Sommer müssen alle Kraftanstrengungen

unternommen werden, damit sich Kinder und Jugendliche auf sicheren Unterricht und offene Kitas nach den Ferien verlassen können. [...]

**LfK (Lobbyisten für Kinder):** Wir als Lobbyisten für Kinder sind u.a. auch deshalb angetreten, um genau dies bei zukünftigen Infektionslagen zu verhindern. Wir müssen evidenzbasierte Entscheidungen treffen, bei denen die wichtigsten Fachgesellschaften und alle betroffenen wissenschaftlichen Disziplinen an einem offenen Diskurs beteiligt werden, ohne vorgefertigte Meinungen.

**AfD:** Die AfD hat diesen Standpunkt schon während der ersten beiden Lockdowns vertreten und wird von dieser richtigen Grundhaltung auch in Zukunft nicht abweichen.

**CDU:** siehe Antwort zu Frage 5

**ÖDP:** Ja! Kinder und Jugendliche mussten seit Beginn der Pandemie nahezu alle Freiheiten opfern für den Schutz der Älteren. Sie leiden ganz besonders. Daher muss ihnen in der jetzigen Situation Vorrang gegeben werden. Um der bereits eingetretenen Verschlechterung der psychischen Situation in Familien und bei jungen Menschen zu begegnen, müssen zusätzliche - staatlich finanzierte - und einfach zugängliche Beratungsangebote für Familien, Kinder und Jugendliche eingerichtet werden. Die Jugendämter müssen ihre Arbeit uneingeschränkt aufrechterhalten.

Explizite Befürworter der **NoCovid-Idee** und damit für einen sehr restriktiven Umgang im Bereich Maßnahmen an Schulen:

VOLT: Info <https://www.voltdeutschland.org/presse/20210430-positions-papier-corona>

PIRATEN: Info <https://www.piratenpartei.de/2021/05/26/bildung-vertraegt-auch-eine-bundespraesenz-notbremse/>

Die Humanisten: <https://www.diehumanisten.de/2021/04/28/mit-nocovid-wieder-alltag-moeglich-machen/>

Außerdem interessant: <https://www.kinderbrauchenschule.de/blog/offener-brief-an-die-parteien-corona-im-wahlkampf-kein-thema>